

**DIREKTION FÜR VÖLKERRECHT**

p.B.73.lsr-0.- REI

p.B. 75.21. ✓

Bern, 2. Februar 1993

**PFI 04. Feb. 1993 08**

An die

Schweizer Botschaft

Tel Aviv

- Betrifft: 1. Gespräch mit einer palästinensischen und einer israelischen Beobachterin am 25. Januar 1993**
- 2. Erneuerung des Botschaftskredits von Fr. 100'000.-- zugunsten konkreter Aktionen in den besetzten Gebieten für 1993**

## 1. Gesprächsinhalte

Auf Initiative des Christlichen Friedensdienstes (CFD) haben Frau Freudenthal-Leviné (F), Historikerin aus Jerusalem und Frau Sumaya Naser (N), Biologin an der Birzeit über folgende Themen informiert: Einfluss der Nahost-Friedensgespräche auf die Menschenrechtsslage in den besetzten Gebieten und die Menschenrechtspolitik unter der Regierung Rabin. Die beiden Dozentinnen hielten nach ihrem Besuch an der Uni Bern eine gemeinsame Gastveranstaltung. Seitens des EDA waren die DEH, (A. Bisaz, H. Schellenberg, Ph. Besson) die PA II (M. Aeschbacher) und die DV, Sektion für Menschenrechte (A. Reichlin) vertreten. In der Beilage finden Sie ausserdem eine Kopie unseres Schreibens an den Rektor der Birzeit, der sich als Gegner der Friedensgespräche gegen die Informationsreise von Frau Naser stellte.

Die Palästinenserin N konzentrierte ihre Darstellungen auf die israelische Politik in den besetzten Gebieten seit dem Beginn der Friedensgespräche. Sie stellte sich kritisch zur Frage, ob für die Palästinenser daraus generell ein Gewinn erwachsen sei. Nach N haben sich beide israelischen Regierungen die Demobilisierung der gemässigten palästinensischen Basis (pro Friedensgespräche), welche sich unter anderem für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, zum Ziel gesetzt. Dies beweist nach N unter anderem die Absage Israels, einer Arbeitsgruppe Menschenrechte innerhalb der Gespräche zuzustimmen. Die konkreten Anliegen



der gemässigten palästinensischen Vertreter im Menschenrechtsbereich (Familienzusammenführung, Häuserzerstörung etc.) werden immer mehr ins politische Abseits gedrängt, weil sie auf keiner Agenda aufgeführt werden. Gemäss N befinden sich die palästinensischen Verhandlungsmitglieder (deren acht lehnen wie sie an der Birzeit) aufgrund fehlender konkreter Resultate gegenüber der Bevölkerung in einer immer schwierigeren Lage. Sie ernten immer mehr Kritik auch bei den Befürwortern der Gespräche. Die weitverbreitete Frustration der Bevölkerung, unterstützt durch die wirtschaftliche Depression wird gemäss N von den extremistischen Gruppierungen und Gegnern der Friedensgespräche voll ausgeschöpft. N schätzt die Zahl Hamas-Anhänger im Gazastreifen auf 35-40% und in der Westbank auf 15-20% der Bevölkerung. Die strikte Ablehnung Israels, in den Gesprächen schwierige Fragen, wie den Status Jerusalems oder die für den Tag X von den Palästinensern verlangte unabhängige Rechtsordnung zu diskutieren, löst nach N auch bei den Befürwortern des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Israel Bedenken aus. Gerade die israelische Weigerung, für den Tag X einer von der jetzigen Besatzungsordnung unabhängigen, palästinensischen Rechtsordnung zuzustimmen, stellt nach N klar, dass Israel die palästinensische Autonomie nur bis zur Gemeindeebene vorsieht. Die israelischen Besatzungsbehörden haben gemäss N in der Tat den Gebrauch verschiedener "kollektiven Strafmassnahmen" in den besetzten Gebieten gemässigt. Hingegen ist die Militärpräsenz, welche seit Beginn der Besetzung von den Palästinensern als Provokation verstanden wird, weiter verstärkt worden. N ist über die zahlreichen Verhaftungen protestierender Kinder und Jugendlicher besorgt, da bekannt sei, dass die Besatzungsbehörden während den Inhaftierungen massiven Druck zur Kollaboration ausübten.

Als Mitglied der israelischen Friedensbewegung legte F ihre Meinung zur Menschenrechtspolitik der Regierung Rabin dar. Sie bezeichnete das Kabinett in diesen Fragen als heterogen und illustrierte dies am Beispiel der abweichenden Stellungnahme des für die Menschenrechtsanliegen besonders sensibilisierten Justizministers anlässlich der jüngsten Deportationen. Einige der neuen Minister haben nach F als Oppositionspolitiker viel Kritik am Regierungskurs Shamir geübt, die ihnen heute zumindest eine moralische Verpflichtung auferlegt. Als Personen aus diesen Kreisen nannte F neben dem Justizminister die Erziehungsministerin, den Umweltminister und den Immigrationsminister. Die Wahrnehmung von Regierungsaufgaben schränkt nach F hingegen den Spielraum der israelischen Menschenrechtsaktivisten ein. F betonte hingegen, dass für die internationale Staatengemeinschaft ein besonders günstiger Moment eingetreten sei, um mit der

Regierung in Sachen Menschenrechte (inklusive IV Genfer Konvention) den Dialog aufzunehmen und bei den sensibilisierten Regierungsmitgliedern Druck auszuüben.

Nach den Angaben von F wird das Israelische Komitee gegen die Folter eine Veranstaltung organisieren, welche die Revision des berüchtigten Passus im "Landau Bericht von 1987" beabsichtigt. Dieser von Parlamentsmitgliedern verfasste Bericht legitimierte entgegen allen völkergewohnheitsrechtlichen und konventionellen Verpflichtungen Israels die Anwendung von "angemessener physischer Gewalt" während der Vernehmungshaft in den besetzten Gebieten und bot damit Hand zu weitgehender Straflosigkeit des Militärs und des Shin Bet. Die symbolische oder finanzielle Unterstützung solcher Veranstaltungen durch ausländische Vertretungen ist nach F sehr willkommen. F verspricht sich aus solchen Initiativen mittelfristig die Institutionalisierung des Dialogs mit der Regierung sowie die Stärkung der Menschenrechtskreisen nahen Regierungsmitglieder.

Wir würden es begrüßen, wenn die Botschaft beim Israelischen Komitee gegen die Folter sich über die Inhalte der geplanten Veranstaltung näher erkundigen und diese im Hinblick auf eine mögliche finanzielle Unterstützung über den Botschaftskredit prüfen würde. Das Folterverbot, einschliesslich die unmenschliche und erniedrigende Behandlung sind bekanntlich Schwerpunkte der schweizerischen Menschenrechtspolitik. Israel hat sich mit seinem letztjährigen Beitritt zu den internationalen Menschenrechtspakten der UNO von 1966, zur Achtung des nicht-derogierbaren Folterverbots verpflichtet. Ausserdem würde eine schweizerische Unterstützung in diesem Sektor an die vom IKRK unternommenen Bemühungen anknüpfen.

## **2. Erneuerung des Botschaftskredits von Fr. 100'000.-- für 1993**

Im Laufe der nächsten Monate wird die Erneuerung des Botschaftskredits zur Diskussion anstehen. Es scheint uns daher bereits heute sinnvoll einige Ueberlegungen und eine erste Bilanz dieser Unterstützung im Bereich der Menschenrechte zu ziehen.

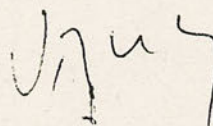
Aus der Sicht der Menschenrechtssektion haben diese Aktivitäten des Kredits im Bereich der Menschenrechte vor allem dazu gedient, durch Kontaktnahme die Menschenrechtsorganisationen kennenzulernen und deren Aktionsprogramme zu identifizieren. Die Auswahl, der zur Unterstützung vorgeschlagenen Organisationen wurde von der Botschaft sehr sorgfältig getroffen. Wir sind daher der Ansicht, dass im Bereich Menschenrechte durchaus den Vorgaben und Erwartungen eines

erstjährigen Kredites entsprochen wurde. Im Sinne eines längerfristigen Engagements scheint es jedoch sinnvoll, einige Ueberlegungen über die qualitativen Aspekte der Unterstützung in diesem Sektor anzustellen und auf Verbesserungen hin zu prüfen.

Es stellt sich beispielsweise die Frage, wie sich der Sektor Menschenrechte gegenüber anderen Bereichen des Kredits bewährt hat. Wäre es sinnvoller, den Kredit ganz auf ausgesuchte Sektoren wie Menschenrechte und Ausbildung zu beschränken? Sind die schweizerischen Beiträge im Bereich Menschenrechte genügend spezifisch oder wäre es beispielsweise möglich, vermehrt oder überhaupt nur dort aufzutreten, wo andere Länder mit vergleichsweise grösseren Finanzmitteln sich nicht betätigen? Wie beurteilt die Botschaft eine thematische Konzentration der Beiträge, beispielsweise auf die Themen Misshandlungen/Folterverbot? Könnten Unterstützungsbeiträge in anderen Sektoren des Kredites (Ausbildung) den Aspekt Menschenrechte noch vermehrt berücksichtigen?

Wir begrüssen Ihre Kommentare zu diesen offenen Fragen und möchten es nicht verfehlen, die Gelegenheit zu nutzen, um der Botschaft für Ihre wertvolle Mitarbeit zu danken.

**Sektion für Menschenrechte**



( J.-D. Vigny )

Beilage erwähnt

Kopie an:

✓ DEH / BSZ / SHG / BEP

✓ PA II / AMA

- ~~K~~ / GT / VDF / HEC / VY / BEB / REI



## FEDERAL DEPARTMENT OF FOREIGN AFFAIRS

2 February 1993

Dr. Gabi Baramki  
Vice- President  
Birzeit Univerity  
Birzeit - West Bank  
Israel

Dear Mr. President

Mrs. Samaya Farhat-Naser, Biologist at the Birzeit University, Westbank spent a few days in Switzerland at the end of January, as a guest of a Swiss non-governmental organisation.

At this occasion Mrs Naser kindly accepted to meet with representitives of different services of the Swiss Department of Foreign Affairs, including the Political, Humanitarian and Human Rights Division, in order to discuss the various issues linked to the peace negotiations as well as questions related to the subject of human rights.

All participants appreciated the opportunity provided by Mrs. Naser to receive first hand information on an informal basis.

On behalf of the Department, we should like to express our thanks both to Mrs. Samaya Naser for her kind visit and to your University.

Yours sincerely,  
**DIRECTORATE OF  
INTERNATIONAL LAW**  
Human Rights Section

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Reichlin'.

(A. Reichlin)